

Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN, Mathildenstr. 24, 90762 Fürth

Direktorium Herrn Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung - Rathaus -90744 Fürth stadtratsfraktion@gruene-fuerth.de

Kamran Salimi, 0911 732903 (Fraktionsvorsitzender) Gabriele Zapf, 0175 6919934 (Stellv. Fraktionsvorsitzende) Anna Botzenhardt, 01515 2161543 Felix Geismann, 0911 80199647 Xenia Hasenschwanz, 0170 5404264 Harald Riedel, 0911 7876333 Philipp Steffen, 0176 63493757 Christoph Wallnöfer, 0177 4081081 Sabine Weber-Thumulla, 01577 6090125

Hanne Wiest, 0152 33932568

18.06.21

Antrag zur Sitzung des Umweltausschusses am 25.06.2021 Vermeidung von Papiermüll aus unerwünschter Werbepost

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zur Sitzung des Verwaltungsrats des Umweltausschusses am 25. März 2021 stellen wir folgenden

Antrag:

Die Stadt Fürth setzt sich für die Reduzierung von Papiermüll in Form von Postwurfsendungen ein.

- Die Verwaltung prüft, wie per kommunaler Satzung eine Opt-In-Lösung für Briefkastenwerbung eingeführt werden könnte. Das bedeutet, dass Werbung nur noch in diejenigen Briefkästen eingeworfen werden darf, an die ein "Werbung, ja bitte"-Sticker angebracht ist. Die Verwaltung gibt außerdem eine Einschätzung über wirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Regelung auf die Entsorgungsbetriebe ab.
- 2. Die Stadt Fürth unterstützt die Initiative des Vereins "Letzte Werbung e.V". und vernetzt sich dadurch mit anderen Städten, die ähnliche Lösungen planen, wie z.B. Bamberg und Leipzig.

Begründung:

76% der Bevölkerung wollen keine Werbeprospekte oder ähnliche Werbung erhalten, aber nur 26,7% der deutschen Haushalte haben einen "Keine Werbung"-Aufkleber am Briefkasten angebracht (Quelle: https://www.die-zeitungen.de/argumente/zeitungsqualitaeten/werbeverweigerer.html)

Die Masse an unerwünschter Werbepost ist nicht nur eine enorme Papier- und Ressourcenverschwendung bei der Herstellung, sondern macht auch einen spürbaren Anteil am Papiermüll aus.

Die Stadt Amsterdam hat das Problem in den Griff bekommen, indem sie festgelegt hat, dass Werbung nur noch in Briefkästen mit einem "Werbung, ja bitte!"-Aufkleber eingeworfen werden darf. Dadurch spart die Stadt 6 Mio. kg Papier und etwa 600-750 Müllabfuhren im Jahr. (Quelle: https://www.letztewerbung.de/unsere-forderung).

Der Verein "Letzte Werbung e.V." erarbeitet mit einigen deutschen Städten bereits entsprechende Satzungen und sucht weitere Vorreiter-Kommunen, die eine Satzung zur Einschränkung von nichtadressierter Werbung erlässt. So landet die Werbepost nur noch dort, wo sie wirklich erwünscht ist: in



Briefkästen mit "Werbung, ja bitte"-Aufkleber an den Briefkasten. Wenn kein Aufkleber angebracht ist, ist der Einwurf von Werbung nicht erlaubt.

Auch für die Stadt Fürth wäre eine entsprechende Satzung und eine Vernetzung mit dem Verein und den anderen in dieser Sache aktiven Kommunen eine unkomplizierte, aber höchst effektive Maßnahme zum Umweltschutz.

Bei der Erstellung der Satzung sollte auch nach Möglichkeiten gesucht werden, zwischen (politischer) Information von gemeinnützigen Vereinen, lokalen Parteien etc und Werbung zu unterschieden. Eine Regelung für die Massenverteilung von Werbeflyern über Stapel auf Treppenstufen oder in Tüten, die an den Türgriff gehängt werden, sollte die Satzung ebenfalls beinhalten.

Ansprechperson für Rückfragen:

Anna Botzenhardt / anna.botzenhardt@gruene-fuerth.de / 01515 2161543

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Wallnöfer Sabine Weber-Thumulla